# Neuausrichtung der Gesundheitspolitik ist dringend notwendig

## Landesversammlung des FVDZ Bayern beschließt Forderungskatalog

**Die Landesversammlung des FVDZ Bayern hat einen Forderungskatalog an die Bundesregierung adressiert. Die über 50 Delegierten sorgen sich um die Situation von Patienten und Zahnärzten vor dem Hintergrund einschränkender Rahmenbedingungen und Budgetierung in der zahnmedizinischen Versorgung. In ihrem einstimmig beschlossenen Leitantrag weist die Landesversammlung den Weg für eine Neuausrichtung der Gesundheitspolitik mit zahnärztlicher Expertise.**




*Über 50 Delegierte aus acht Bezirksgruppen des FVDZ gaben im Münchner Zahnärztehaus den Kurs des FVDZ Bayern für das kommende Jahr vor.*

Dazu übermittelte die Landesversammlung einen fünf Punkte umfassenden Forderungskatalog an die neue Bundesregierung:

1. Der Erfolgsweg der Prävention (z. B. Parodontitistherapie) kann nur durch Planungssicherheit und verlässliche Finanzierung weitergehen.
2. Die zahnärztlichen Praxen und ihre Selbstverwaltung müssen gestärkt, Bürokratie wirklich abgebaut werden und die zahnärztliche Expertise kann dergestalt genutzt werden, dass sie bei künftigen Gesetzgebungsverfahren frühzeitig eingebunden wird.
3. Freiberufliche und inhabergeführte Praxisstrukturen sind zu unterstützen, indem investorengeführte Medizinische Versorgungszentren (iMVZ) wirkungsvoll eingedämmt werden, um dadurch die wohnortnahen und flächendeckenden Versorgungsstrukturen zu stärken.
4. Digitalisierung muss nachgewiesen praxistauglich sein; die Sanktionspolitik der letzten Jahre muss sofort beendet werden.
5. Die im Praxisalltag überbordende Bürokratie ist abzubauen.

### Forderung nach iMVZ-Regulierungsgesetz

Der Landesvorsitzende Dr. Christian Deffner erinnerte daran, dass der ehemalige Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zwar ein iMVZ-Regulierungsgesetz versprochen, aber nicht geliefert habe. Mit Nina Warken sei nun eine pragmatisch agierende Nachfolgerin im Amt, die hoffentlich etwas bewirke, zumal die

Union und SPD dies auch im Koalitionsvertrag versprochen hätten. Auch die Budgetierung zahnärztlicher Leistungen war ein Thema. Den Kampf für deren Abschaffung nannte Deffner als einen der Hauptpunkte der FVDZ-Arbeit in Bayern. Um die Schnittstellen zwischen BEMA und GOZ konsequent zu nutzen, habe der Verband Webinare mit Kerstin Salhoff angeboten, die sehr gut gebucht waren. Als dritten großen Punkt nannte der Landesvorsitzende die elektronische Patientenakte ePA. „Im Spätsommer 2024 haben wir die Kampagne ‚Schütze deine Daten' gegen die Opt-out-Lösung gestartet, um die bayerischen Zahnärzte und ihre Patienten für die Widerspruchslösung zu sensibilisieren, wie sie beispielsweise bei der Organspende gilt."

Nach wie vor hält der FVDZ Bayern eine eigens gestaltete Landingpage mit Informationen zur ePA vor. Teil der Kampagne sind ein Praxisplakat und Infokärtchen. Anfang des Jahres informierte der FVDZ Bayern in einem Webinar mit Rechtsanwalt Dirk Wachendorf über den aktuellen Stand.

## Ambulante Versorgung massiv gefährdet

Die schlechten Rahmenbedingungen für zahnärztliche Praxen nahm die Landesversammlung zum Anlass, eine Resolution zu verabschieden, in der sie die strikte Budgetierung, ausufernde Bürokratie, Fachkräftemangel und steigende Kosten kritisiert. „Die Rahmenbedingungen waren noch nie so schlecht wie heute", lautete das einstimmige Plazet.

Bei aller Kritik sieht der FVDZ Bayern auch Hoffnung. Die Delegierten werten den Koalitionsvertrag als gute Grundlage für die notwendige Neuausrichtung der Gesundheitspolitik. In weiteren Beschlüssen fordert die Landesversammlung eine Anpassung des GOZ-Punktwerts, einen echten Bürokratieabbau, die Abschaffung der Budgetierung sowie das im Koalitionsvertrag versprochene iMVZ-Regulierungsgesetz. Die Einführung der ePA müsse so lange ausgesetzt werden bis alle Fragen des Datenschutzes geklärt seien und mit der ePA nachweislich ein Mehrwert für Praxen und Patienten verbunden sei. Die




*Der Vorstand des FVDZ Bayern freute sich über die zielgerichtete Tagung im Münchner Zahnärztehaus.*




*„We are FVDZ Bayern": Delegierte und Vorstand bei der Landesversammlung 2025.*

Delegierten sprachen sich auch dafür aus, Gesundheitsberufe besser vor gewalttätigen Patienten zu schützen und die zahnärztliche Selbstverwaltung zu stärken.

## Wahlverstoß des ZBV München

Der Landeswahlleiter hat eindeutig festgestellt, dass der ZBV München im Kammerwahlkampf 2022 gegen seine Neutralitätspflicht verstoßen hat. Deshalb forderte die Landesversammlung die betroffenen Delegierten in der BLZK-Vollversammlung auf, endlich Konsequenzen zu ziehen und ihr Amt in Vollversammlung und Vorstand der BLZK ruhen zu lassen, bis eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts ergangen ist. Durch die Verzögerung der Neuwahl werde die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die gebotene Neutralitätspflicht einer Körperschaft des öffentlichen Rechts weit über den Bereich des ZBV München hinaus beschädigt. Es sei daher nicht nachzuvollziehen, dass sich Delegierte einer Kammer oder ein ZBV-Vorstand trotz solch massiver Verstöße, wie sie der Landeswahlleiter festgestellt hat, weiterhin als rechtlich gewählte Vertreter verstehen.

## Kompliment aus Berlin

Die eintägige Landesversammlung fand im Münchner Zahnärztehaus statt. Als Gäste begrüßten die beiden Landesvorsitzenden Dr. Christian Deffner und Dr. Romana Krapf den Präsidenten der Bundeszahnärztekammer, Prof. Dr. Christoph Benz, der dem FVDZ ein Kompliment machte: „Es ist plötzlich wieder ein neuer Geist zu spüren. Im FVDZ wächst etwas heran: erstaunlich intensiv und mit neuem Spirit versehen." Der FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Christian Öttl bestätigte den Eindruck des BZÄK-Präsidenten. „Vor zwei Jahren haben wir angefangen, den Bundesvorstand paritätisch zu besetzen. Wir haben auch strukturelle Veränderungen angepackt: Heute – in diesem Jahr feiern wir 70 Jahre freier Verband – können wir beides: sparen und effizient arbeiten."

Alle Beschlüsse der Landesversammlung des FVDZ Bayern sind online abrufbar: www.fvdz-bayern.de.

Anita Wuttke
media-dent